

# WAHLPRÜFSTEINE - ZUR LANDTAGSWAHL 2022

## UNSERE ANTWORTEN FÜR DEN LANDESFRAUENRAT NIEDERSACHSEN E.V. & DIE LAG GLEICHSTELLUNG

### 1. Bildung und Ausbildung

Zukunftsfähige Konzepte für die Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen sind aus unserer Sicht besonders wichtig. Schülerinnen und Schüler müssen in der Übergangsphase von Schule und Beruf oder Studium sehr weitreichende Entscheidungen für sich selbst treffen. Eine gut ausgebaute Berufsorientierung in der Schule kann sie dabei unterstützen, nicht automatisch und aus Mangel an Alternativen typische Frauen- und Männerberufe zu ergreifen.

### 2. Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten

In der Arbeitswelt gewinnen mobiles Arbeiten und Homeoffice, befördert durch die Corona-Pandemie, an Bedeutung. Wir setzen uns politisch dafür ein, dass mobiles Arbeiten und Homeoffice geschlechtergerecht gestaltet werden, damit eine Überlastung von Frauen durch Erwerbs- und Familienarbeit vermieden wird.

### 3. Erwerbsarbeit und soziale Sicherung

Existenzsichernde Erwerbsarbeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind für uns besonders wichtig. Frauen mit Familie haben durch die Erfordernisse von Erwerbs- und Familienarbeit oftmals Schwierigkeiten, an Angeboten für den zweiten Bildungsweg teilzunehmen. Angebote sollten deshalb so ausgestaltet werden, dass Familienarbeit kein Hindernis für eine Weiterqualifizierung ist. Um Müttern und Vätern die Sicherheit zu geben, dass ihre Kinder während der Erwerbsarbeit gut versorgt und betreut sind, muss die Betreuung von Kindern unter zwölf Jahren weiter ausgebaut und flexibilisiert werden.

Die Corona-Krise hat zudem erneut gezeigt, dass die soziale Sicherung der Minijobs unzureichend ist. Wir brauchen mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Die Bemühungen der SPD-geführten Bundesregierung, den Missbrauch von Minijobs als Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse zu verhindern, werden wir unterstützen. Minijobs dürfen gleichermaßen nicht zur Teilzeitalternative insbesondere für Frauen werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Entlastung von pflegenden Angehörigen. In der Corona-Pandemie wäre das Gesundheitssystem ohne engagierte Pflegekräfte fast zusammengebrochen – wir setzen uns ein für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Pflege, und mehr Personal in der Alten- und Krankenpflege. Die ambulante Pflege zu Hause und die Unterstützung pflegender Angehöriger gehören für uns dazu.

#### 4. Gender Budgeting

Wir sind der Überzeugung, dass Frauen und Männer gleichermaßen von staatlichen Förderungen und Zuwendungen profitieren sollten. Daher unterstützen wir Bemühungen, die darauf abzielen, dass sich die Mittelvergabe an den gleichstellungspolitischen Zielen der Landesregierung und der Ministerien orientiert.

#### 5. Gesundheit

Eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist uns für alle Menschen in Niedersachsen besonders wichtig. Vor diesem Hintergrund hat der Niedersächsische Landtag auf Initiative der SPD bereits 2019 die Enquetekommission zur Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen eingesetzt. Die Enquetekommission hat sich auch umfassend mit der Hebammenversorgung und Geburtshilfe auseinandergesetzt. Die breit konsentierten Handlungsempfehlungen des Fachgremiums setzen wir in allen Fachbereichen konsequent um und haben in der laufenden Legislatur bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Für die Geburtshilfe ist unser Ziel die möglichst wohnortnahe und sichere Versorgung. Das Nationale Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ wollen wir umsetzen und einen landeseigenen Aktionsplan auflegen. Geburtshäuser und Hebammen wollen wir stärker miteinander vernetzen. Weiterhin sind Verbesserungen der personellen Situation, der Arbeitsbedingungen sowie Anpassungen der finanziellen Rahmenbedingungen erforderlich, um landesweit eine bestmögliche Versorgung zu gewährleisten. Wesentlich ist zudem die Förderung von Maßnahmen, die die interprofessionelle Zusammenarbeit aller beteiligten Fachkräftegruppen im Sinne der Versorgungsqualität optimieren.

Darüber hinaus ist es inzwischen unumstritten, dass Männer und Frauen unterschiedliches Verhalten in Bezug auf ihre Gesundheit an den Tag legen, unterschiedlich häufig und schwer an verschiedenen Erkrankungen leiden und unterschiedliche Symptome bei denselben Erkrankungen haben können. Auch reagieren Frauen und Männer unterschiedlich auf Therapien. Eine gravierende Auswirkung dieser Unterschiede ist nach wie vor die frühere Sterblichkeit von Männern. Die Gesundheitsberichterstattung werden wir vor diesem Hintergrund weiterentwickeln, um geschlechtergerechte Prävention und Behandlung zu fördern.

Ein wichtiges Thema für uns ist zudem der Umstand, dass junge Frauen ab 22 Jahren im Transferleistungsbezug Verhütungsmittel nicht aus ihren Leistungen bezahlen können. Um Ihnen sexuelle Selbstbestimmung zu ermöglichen, müssen sie Verhütungsmittel gestellt bekommen. Wir unterstützen entsprechende Bemühungen auf Bundesebene.

## 6. Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist nach wie vor in allen gesellschaftlichen Schichten und Communities ein großes Problem. Die Gewaltbetroffenheit von Frauen ist leider in den vergangenen Jahren gestiegen. Die Corona-Pandemie hat die Situation nochmals verschlechtert. Wir werden die Bundesinitiative für einen Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz unterstützen und in Niedersachsen das vorhandene Schutznetz aus Beratungsstellen, Frauen- und Mädchenhäusern, Schutzwohnungen u. a. gemeinsam mit den Kommunen, deren originäre Aufgabe dies ist, weiter ausbauen und professionalisieren. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, haben einen Anspruch darauf, professionell begleitet zu werden, um sich ein gewaltfreies und beruflich unabhängiges Leben allein oder mit ihren Kindern aufbauen zu können. Frauenhäuser werden wir künftig im niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich absichern und so eine verlässliche Finanzierungsgrundlage für sie schaffen.

Im Hinblick auf die Prävention von Gewalt braucht es zudem mehr Angebote für die meist männlichen Täter, ein anderes Verhalten zu lernen. Der Ausbau der Täterberatung wird von uns weiter vorangebracht werden.

Kinder, die in Gewaltbeziehungen aufwachsen müssen, übernehmen viel zu früh große Verantwortung. Sie erleiden Traumata und lernen keine konstruktive Konfliktbewältigung innerhalb der Familie, sondern fortdauernde existenzielle Ohnmacht. Kinder haben einen eigenen Anspruch auf Schutz und Verarbeitung ihrer Erlebnisse, um später ihr eigenes Leben gewaltfrei leben zu können. Wir werden daher den Landesaktionsplan III weiterentwickeln und umsetzen.

Polizei und Justiz werden wir durch Weiterbildungen zum Thema Gewalt gegen Frauen noch weiter für das Thema sensibilisieren. Die enge Zusammenarbeit zwischen Polizeidienststellen und den örtlich verfügbaren Institutionen zum Schutz von Frauen werden wir noch weiter ausbauen. Die konsequente Handhabung des Prinzips „Wer schlägt, geht“ muss mit der Weg-Weisung umgesetzt werden.

## 7. Gleichstellungsstrukturen

Zur weiteren Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in der Landesverwaltung wird das Niedersächsische Gleichstellungsgesetz weiterentwickelt. Dazu gehören ein verbindlicher Gleichstellungsplan in den Behörden, die direkte Verantwortlichkeit der Behördenleitung für die Umsetzung des Gleichstellungsplans und Sanktionen bei Nichterreichung.

Die faire Beteiligung von Frauen an Führungsaufgaben in der Landesverwaltung werden wir evaluieren und monitoren. Unser Ziel ist, die Hälfte der Führungspositionen mit Frauen zu besetzen. Dabei haben wir auch die Unternehmen im Blick, bei denen das Land Anteilseigner ist. Bei der Beurteilung von Qualifizierungen für höhere Dienstaufgaben braucht es zudem eine angemessene Berücksichtigung von Sorgeaufgaben, die Männer und Frauen übernehmen.

## 8. Migration und Integration

Niedersachsen ist ein Bundesland der Vielfalt. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein, unabhängig von ihrer Herkunft. In die Bemühungen der SPD-geführten Bundesregierung zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten migrationspolitischen Reformen werden wir uns aktiv einbringen. Wir werden für alle Menschen, die nach Deutschland kommen, von Anfang an Integrationskurse anbieten. Kinder und Jugendliche sollen schnellstmöglich Zugang zu Bildung bekommen. Wir werden die bestehenden niedersächsischen Integrationsprogramme weiter ausbauen und den niedrigschwelligen Zugang zu diesen deutlich erweitern.

Zur Unterstützung und Begleitung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wurde darüber hinaus die Migrationsberatung eingerichtet. Als Grundstruktur leistet sie vor Ort einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen von Integration und Teilhabe. Deshalb werden wir die Finanzierung der Migrationsberatung verstetigen und dauerhaft auskömmlich absichern.

Besonders wichtig ist aus unserer Sicht außerdem eine Erleichterung der Zuwanderung und des Berufseinstiegs dringend benötigter Arbeits- und Fachkräfte. Dazu gehören auch erleichterte Möglichkeiten, Qualifikationen anzuerkennen und Bildungsabschlüsse nachzuholen. Wir setzen uns darüber hinaus für einen vereinfachten Familiennachzug und eine erleichterte Arbeitserlaubnis für Geduldete ein. Für eine möglichst rasche Integration werden wir für alle Menschen, die nach Deutschland kommen, von Anfang an Integrationskurse anbieten. Kinder und Jugendliche sollen schnellstmöglich Zugang zu Bildung bekommen. Wir werden die bestehenden niedersächsischen Integrationsprogramme gemeinsam mit unseren Partnern weiter ausbauen und den niederschwelligen Zugang zu diesen deutlich erweitern.

Für Zugewanderte aus dem europäischen Ausland oder aus Drittstaaten sind Sprachbarrieren bei der Inanspruchnahme des Gesundheitssystems zudem ein Problem. Das betrifft alle Geschlechter, jedoch Frauen wesentlich häufiger, weil sie durch kulturelle Traditionen und das Machtgefälle innerhalb der Familie häufiger an Haus und Familie gebunden werden und wegen fehlender Kinderbetreuung Sprachkurse weniger häufig besuchen können. Finanzierung und Verfügbarkeit von Sprachmittlern, die professionell arbeiten, sind nach wie vor in Deutschland ungeklärt. Eine SPD geführte Landesregierung wird sich auf Bundesebene für eine Klärung und Finanzierung dieser Sprachmittler einsetzen und auf Landesebene die vorhandenen Strukturen weiterführen und – finanzieren.

## 9. Nachhaltigkeit

Unser Ziel ist, dass alle Menschen zügig, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen können – auf dem Land wie in der Stadt, ob zur Arbeit, zur Ausbildung oder in den Urlaub. Für uns ist Mobilität nicht nur Wirtschafts- oder Klimaschutzpolitik, sondern auch Bestandteil von Sozial- und Zusammenhaltspolitik. Mobilität ist für uns grundlegend für eine soziale und ökonomische Partizipation. Auch deshalb muss Mobilität allen zugänglich sein – barrierefrei, bezahlbar und unbürokratisch.

Im Rahmen der Energie- und Mobilitätswende, die zurzeit in Deutschland und besonders auch in Niedersachsen vollzogen wird, wird es zu Änderungen im Städtebau, Wohnungsbau und bei der Mobilität kommen. Es ist unabdingbar, dass die Sicht von Frauen durch geeignete Partizipationsmöglichkeiten gesichert und eingebracht wird. Um nur einige Beispiele zu nennen: Familienaufgaben bei der Erstellung von ÖPNV-Takten, Sicherheit an Haltestellen, Angsträume in Städten bzw. Wohnquartieren. Frauen haben durch ihre Berufe und Lebensaufgaben eigene Bedarfe und Ansprüche an die Gestaltung ihrer Lebenswelt.

Für besonders wichtig halten wir zudem die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum und die Stärkung des Wohnungsbaus. Für diese Aufgabe brauchen wir eine Landeswohnungsbaugesellschaft. Gerade in den Ballungsräumen finden immer mehr Menschen in Niedersachsen keinen bezahlbaren Wohnraum, der ihren Bedürfnissen entspricht. Davon betroffen sind nicht nur Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, sondern ebenso auch Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende, Familien mit Kindern oder Rentnerinnen und Rentner nach langem Erwerbsleben, die sich die steigenden Mieten dennoch nicht mehr leisten können.

## 10. Teilhabe und Repräsentanz

Wir sind überzeugt: Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein, um angemessen die Bevölkerung und ihren Willen abzubilden. Allerdings liegt der Anteil der Parlamentarierinnen im aktuellen Deutschen Bundestag bei nicht mehr als 30,7 Prozent. Im Niedersächsischen Landtag sind gerade einmal 27,7 Prozent der Parlamentsmitglieder weiblich, gefolgt von 27 Prozent in den kommunalen Vertretungen (Kreistage und Gemeinderäte) Niedersachsens. Mehr als 100 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen in Deutschland müssen wir feststellen: Eine paritätische Besetzung der Parlamente wird sich auf absehbare Zeit nicht von alleine ergeben. Unser Ziel für Niedersachsen ist dafür klar: Wir wollen die Unterrepräsentanz von Frauen in den parlamentarischen Vertretungen beenden.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in den vergangenen Jahren im Rahmen einer breit angelegten Debatte gemeinsam mit Expertinnen und Experten und vielen engagierten Frauen aus verschiedenen Verbänden intensiv über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten zur Erreichung der Parität diskutiert.

Nachdem erste Paritätsgesetze in Brandenburg und Thüringen von den dortigen Verfassungsgerichten für nicht rechtmäßig erklärt wurden, ist es wichtig, die Debatte unter besonderer Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Aspekte fortzuführen und ein Modell für Niedersachsen zu entwickeln. Es bedarf verschiedener Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von Frauen an der Politik sicherstellen – daran werden wir in der kommenden Legislaturperiode weiterarbeiten. Bedarf es dazu einer Änderung der Gesetzgebung, werden wir mit guten Argumenten für Mehrheiten im Parlament kämpfen.

Der Blick nach vorn zeigt auch – ohne konsequentes Handeln für mehr Frauen in den Parlamenten werden unsere Ziele nicht erreicht! Deswegen werden wir alles daransetzen, parallel zu unseren Initiativen zur Einführung eines Paritätsgesetzes mehr Wege für Frauen in Politik und Parlamente zu eröffnen. Dazu gibt es gute und erfolgreiche Instrumente wie beispielweise Mentoring-Programme, Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Privatem und die Unterstützung von Frauennetzwerken. Eine besondere Verantwortung kommt dabei den Parteien bei der Aufstellung ihrer Wahllisten zu. Für uns steht fest: Die künftige sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt sein.